



**Vertrag**  
**zum Projekt**  
**„25\_8516 S4 Unity“**

zwischen

**EWE Aktiengesellschaft**  
**Tirpitzstraße 39**  
**26122 Oldenburg**

Registergericht Oldenburg HRB 33

- im Folgenden „EWE AG“ oder „Auftraggeber“ genannt –

und

**Bieter**  
**Straße Nr.**  
**PLZ Ort**

- im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt –

## Inhalt

<b>Vorbemerkung .....</b>	<b>3</b>
<b>§ 1 Vertragsgegenstand; Spezifizierung der Leistungen; Leistungserbringung</b> .....	<b>3</b>
<b>§ 2 Spezifizierung der Leistungen (Designphase).....</b>	<b>4</b>
<b>§ 3 Zusammenarbeit mit anderen Projektteilen, Projektüberwachung gesamt...</b>	<b>5</b>
<b>§ 4 Meilensteinplan, Projektablaufplan, Verbindlichkeit, höhere Gewalt .....</b>	<b>6</b>
<b>§ 5 Kompatibilität der Systemlandschaft und systemische Rahmenbedingungen .....</b>	<b>7</b>
<b>§ 6 Mitarbeiter des Auftragnehmers, Arbeitsort, Arbeitszeit, Projektsprache.....</b>	<b>7</b>
<b>§ 7 Vergütung, Preisschwelle, Zahlungsbedingungen.....</b>	<b>8</b>
<b>§ 8 Projektleitung und Gremien .....</b>	<b>8</b>
<b>§ 9 Subunternehmer, Arbeitnehmer-Entsendegesetz .....</b>	<b>9</b>
<b>§ 10 Mitwirkung des Auftraggebers .....</b>	<b>9</b>
<b>§ 11 Testverfahren.....</b>	<b>10</b>
<b>§ 12 Leistungsänderungen .....</b>	<b>10</b>
<b>§ 13 Dokumentation .....</b>	<b>10</b>
<b>§ 14a Abnahme .....</b>	<b>11</b>
<b>§ 14b Fehlerklassen .....</b>	<b>11</b>
<b>§ 15 Unterstützungsleistungen im Produktivbetrieb.....</b>	<b>12</b>
<b>§ 16 Nutzungsrechte an Arbeitsergebnissen .....</b>	<b>12</b>
<b>§ 17 Mängelansprüche .....</b>	<b>13</b>
<b>§ 18 Haftung, Haftpflichtversicherung .....</b>	<b>14</b>
<b>§ 19 Geheimnisschutz .....</b>	<b>14</b>
<b>§ 20 Datenschutz/Datensicherheit .....</b>	<b>15</b>
<b>§ 21 Vertragslaufzeit, Kündigung, Beendigungsunterstützung .....</b>	<b>17</b>
<b>§ 22 Regelungsrangfolge .....</b>	<b>18</b>
<b>§ 23 Schlussbestimmungen .....</b>	<b>18</b>
<b>§ 24 Anlagen .....</b>	<b>18</b>

## Vorbemerkung

Die EWE AG stellt sich konsequent für die Energiezukunft auf. Sie betreibt hochmoderne und verlässliche Energienetze, ist Pionier bei den Erneuerbaren Energien und nutzt als erstes Unternehmen in Deutschland das gemeinsame Potential von Energie, Telekommunikation und IT. Damit bündelt die EWE AG bereits jetzt die Schlüsselkompetenzen für nachhaltige, intelligente Energiesysteme.

Ihren Kunden bietet die EWE AG ein breites Spektrum an Dienstleistungen rund um Strom, Erdgas, Telekommunikation und Informationstechnologie. Die EWE AG betreut rund 1,4 Mio. Stromkunden, über 1,6 Mio. Erdgaskunden und 650.000 TK-Kunden. Mit knapp 9.000 Mitarbeitern und einem Umsatz über acht Milliarden Euro gehört die EWE AG zu den großen regionalen Energiedienstleistern in Deutschland.

Regional werden diese Tätigkeiten im Gebiet Ems-Weser-Elbe, in Niedersachsen, in Bremen und für die Gasversorgung darüber hinaus in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ausgeübt. Strom und Gas werden überwiegend fremdbezogen.

Als mittelbare Tochter der EWE AG ist die EWE NETZ GmbH der regulierte Verteilnetzbetreiber im EWE Konzern und verantwortet Planung, Bau, Betrieb, Instandhaltung sowie den sukzessiven Ausbau der Strom, Gas, Wasser und TK Netzinfrastruktur in ihren Versorgungsgebieten. Seitens der EWE NETZ GmbH besteht das Erfordernis, die technischen Unternehmensbereiche Bau und Instandhaltung im derzeit eingesetzten SAP-ECC-System auf SAP S/4HANA Enterprise Asset Management (EAM) zu transformieren. Ziel ist der Aufbau einer standardnahen, langfristig wartbaren Systemlösung zur Abbildung der technischen Prozesse.

Die Transformation folgt einem Selective-Greenfield-Ansatz, bei dem ausgewählte, fachlich bewährte Eigenentwicklungen der EWE NETZ GmbH (EWE Best Practices) übernommen werden, sofern keine wirtschaftlich und fachlich gleichwertige Standardlösung verfügbar ist. Die technische Lösung ist eng mit dem konzernweit vorgegebenen SAP-S/4HANA-ERP-Konzerntemplate zu verzahnen, dessen Rollout aber nicht Gegenstand dieses Projektvertrags ist, siehe **Anlage B Leistungsbeschreibung\_Los1**.

Der vorliegende Auftrag umfasst insbesondere Projektmanagement und -steuerung, die technische und prozessuale Implementierung, die technische Integration zum ERP-Konzerntemplate, die Datenmigration sowie die Vorbereitung und Begleitung des Go-Lives bis zur Stabilisierung des Systems sowie alle damit verbundenen weiteren Umstellungsleistungen, und damit in der Gesamtschau die vollständige und erfolgreiche Umstellung des aktuell bei der EWE NETZ GmbH eingesetzten Systems auf die SAP S/4HANA-Umgebung durch den Auftragnehmer als Know-how-Träger und verantwortlichen Projektunternehmer.

Vor diesem Hintergrund schließen die Parteien den vorliegenden Vertrag.

## § 1 Vertragsgegenstand; Spezifizierung der Leistungen; Leistungserbringung

(1) Vertragsgegenstand ist die Umstellung des aktuell bei der EWE NETZ GmbH eingesetzten SAP Classic (SAP ECC) Systems SCP auf eine SAP S/4HANA-Umgebung durch den Auftragnehmer als gesamtverantwortlichen Projektunternehmer nach Maßgabe der vertraglichen Vereinbarungen einschließlich aller Anlagen sowie des vereinbarten Projektablaufplans. Die Anforderungen, welche die verbindliche Grundlage für die durch den Auftragnehmer zu erbringenden vertragsgegenständlichen Lieferungen und Leistungen darstellen, sind in der **Anlage B Leistungsbeschreibung\_Los1** konkretisiert. Alle durch den Auftragnehmer gemäß dieser Anlage und/oder gemäß den vertraglichen Regelungen im Übrigen geschuldeten Lieferungen (einschließlich Arbeitsergebnisse) und Leistungen werden im Folgenden zusammenfassend als „**Leistungen**“ bezeichnet.

(2) Dem Auftragnehmer ist bewusst, dass eine weitergehende und abschließende Detaillierung der Spezifikationen der Projektanforderungen und damit auch eine abschließende Festlegung aller durch den Auftraggeber benötigten Leistungen des Auftragnehmers erst nach Vertragsunterzeichnung im Rahmen der Projektdurchführung möglich sind und diese deshalb in dem vorliegenden Vertrag und seinen Anlagen, einschließlich der **Anlage B Leistungsbeschreibung\_Los1**, zum Teil nicht oder nur grob beschrieben werden. Gleichwohl gelten alle getroffenen Festlegungen jeweils als verbindliche Leistungen des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber mit seinem Know-how bei der Festlegung der weiteren detaillierten Spezifikationen und damit auch der Leistungspflichten nach Maßgabe des in § 2 festgelegten Verfahrens und der vertraglichen Vereinbarungen im Übrigen.

(3) Der Auftragnehmer verfügt über umfassende Kenntnisse der Standard-Funktionalitäten eines SAP S/4HANA ERP & EAM Systems. Der Auftragnehmer stellt die Verfügbarkeit der Standard-Funktionalitäten im Zielsystem sicher, auch ohne dass diese in der **Anlage B Leistungsbeschreibung\_Los1** explizit erwähnt werden. Vor Umsetzung jeder einzelnen Standard-Funktionalität ist eine diesbezügliche Freigabe in Textform durch die Projektleitung des Auftraggebers erforderlich.

(4) Aufgrund des Erkenntnis-Fortschritts im Projekt (vgl. § 1 Abs. (2)), aber auch aufgrund der Bereitstellung neuer oder andersartiger Funktionen durch Software-Hersteller oder geänderter wirtschaftlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen kann es erforderlich werden, die in der **Anlage B Leistungsbeschreibung\_Los1** enthaltenen Anforderungen (insbesondere im Rahmen des in § 2 beschriebenen Verfahrens) anzupassen oder zu

ergänzen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Projektfortschritt aus seiner Sphäre und unter Berücksichtigung seines Know-how stets kritisch zu prüfen, ob Anpassungen als Ergänzungen oder Änderungen der jeweiligen Einzelleistungen unter Umständen sinnvoll sein könnten, und solche auf Wunsch der EWE AG gemäß § 1 Abs. (2) umzusetzen. Wenn er nicht ausschließen kann, dass eine Anpassung oder Änderung sinnvoll sein könnte, informiert er den Auftraggeber eigeninitiativ und mindestens in Textform darüber.

(5) Ist für den Auftragnehmer erkennbar, dass im Rahmen der Vertragsbeziehung Annahmen, Vorgaben oder Angaben der EWE AG fehlerhaft, unvollständig oder nicht eindeutig sind oder deren Ausführung unmöglich ist oder wird, so wird der Auftragnehmer, soweit ihm zumutbar, der EWE AG diesen Umstand sowie die sich vor dem Hintergrund seines Kenntnisstandes und seiner Erfahrung hieraus ergebenden Folgen für die Vertragserfüllung unverzüglich mitteilen (Textform) und etwaige ihm als geeignet und angemessen erscheinende Alternativen aufzeigen.

(6) Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wird, tritt der Auftragnehmer als gesamtverantwortlicher Werkunternehmer auf und verantwortet alle unter dem vorliegenden Vertrag benötigten Leistungen. Die Eigenschaft als Gesamtverantwortlicher beinhaltet insbesondere die vollständige Übernahme der Verantwortung für das Projektmanagement und die Gesamtverantwortung für das Gelingen (insbesondere Termineinhaltung, Aufwandssteuerung, Zielerreichung) des Projektes, der Herbeiführung der Gesamtabnahmefähigkeit aller unter diesem Vertrag erbrachten Leistungen und für die Erreichung des Projektziels im Übrigen.

(7) Der Auftragnehmer erbringt die Leistungen unter Beachtung des geltenden Rechts und hält die auf die Leistungen jeweils anwendbaren gesetzlichen Vorgaben ein. Er haftet dafür, über die zur Erbringung der Leistungen etwa erforderlichen gesetzlichen oder behördlichen Erlaubnisse zu verfügen und diese Erlaubnisse über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.

(8) Die Leistungen haben zu jedem Zeitpunkt während der Vertragslaufzeit dem aktuellen Stand der Technik zu entsprechen.

(9) Kontinuität der Leistungserbringung: Der Auftragnehmer übernimmt hiermit gemäß den Regelungen dieses Abs. (9) die Verpflichtung, die Leistungen weiterhin in jeder Hinsicht zu erbringen, auch wenn zwischen den Parteien, insbesondere Streitigkeiten über eine Zahlungsverpflichtung des Auftraggebers, bestehen sollten.

Besteht – insbesondere wegen mangelhafter Leistungserbringung des Auftragnehmers o. ä. – Streit über eine Zahlungsverpflichtung des Auftraggebers, so ist dieser berechtigt, den insofern streitigen Betrag binnen 60 Kalendertagen nach Zugang der Mahnung auf einem Anderkonto eines vom Auftraggeber gewählten Notars oder einer der (gemäß Jahresumsatz) zehn größten deutschen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften als Treuhänder zu hinterlegen. Spätestens mit Hinterlegung sind die Gründe für die Zahlungsverweigerung dem Auftragnehmer schriftlich zu nennen. Die Kosten der Hinterlegung trägt der Auftraggeber. Dieser wird den Notar bzw. die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft verpflichten, den hinterlegten Betrag nur aufgrund einer übereinstimmenden Erklärung der Parteien oder aufgrund eines rechtskräftigen Zahlungsurteils des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber herauszugeben bzw. ggf. entsprechend quotall an die Parteien auszuzahlen.

Während der vorstehend bestimmten Hinterlegungsfrist und hiernach im Falle einer fristgerecht erfolgten Hinterlegung hat der Auftragnehmer kein Recht zur Zurückbehaltung und/oder Verweigerung von Leistungen.

## § 2 Spezifizierung der Leistungen (Designphase)

(1) Die wesentliche Grundlage der durch den Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses, insbesondere **Anlage B Leistungsbeschreibung\_Los1**. Dieses Dokument beschreibt nicht abschließend die grundsätzlichen Anforderungen an die durch den Auftragnehmer durchzuführende Umstellung des bei der EWE NETZ GmbH eingesetzten Systems auf die SAP S/4HANA-Umgebung und stellt damit die Grundlage für die detaillierte Ausarbeitung der Leistungspflichten des Auftragnehmers dar, welche durch diesen und die EWE AG gemäß der nachstehend beschriebenen Designphase vorgenommen wird.

(2) Während der auf den Vertragsschluss folgenden Phase („**Designphase**“) besprechen die Parteien die Projektanforderungen der EWE AG auf Basis der bisher vereinbarten Anforderungen und Leistungsspezifikationen. Sie unterteilen diese Anforderungen und Spezifikationen in einzelne Leistungsblöcke, und die EWE AG gibt die Spezifikationen für die Leistungspflichten des Auftragnehmers im Rahmen ihrer Kenntnisse und unter beratender Mithilfe des Auftragnehmers vor.

Der Auftragnehmer prüft diese Spezifikationen und setzt sie in eine Fortschreibung und/oder Aktualisierung der bisher getroffenen Abreden – z. B. in ein Update der **Anlage B Leistungsbeschreibung\_Los1** – und/oder in zusätzliche leistungsbeschreibende Dokumente um. Diese Dokumente werden durch die EWE AG geprüft und ggf. beanstandet, durch den Auftragnehmer sodann nachgebessert und nach Gutbefund durch die EWE AG schließlich mittels Abnahmeerklärung freigegeben. Mit Abnahme des/der Dokumente(-s) durch die EWE AG gelten die darin getroffenen Spezifikationen als verbindliche Leistungen des Auftragnehmers.

Die Dauer der Designphase wird durch die EWE AG angemessen vorgegeben, soweit sie sich nicht bereits aus dem vertragsgegenständlichen Zeitplan ergibt.

(3) Dem Auftragnehmer ist bewusst, dass **Anlage B Leistungsbeschreibung\_Los1** und die sonstigen Vertragsunterlagen Anforderungen der EWE AG an das Projekt noch nicht in allen Details abbilden. Insofern sind

bei der Entwicklung und Fortschreibung der Leistungspflichten des Auftragnehmers im Rahmen der Designphase sowohl die bisher beschriebenen Anforderungen zu spezifizieren, als auch können sich weitere Anforderungen ergeben, welche im Rahmen der erfolgreichen Umsetzung eines anspruchsvollen und komplexen SAP S/4HANA-Projektes typischerweise auftreten, oder die sich aus den speziellen Anforderungen der EWE AG und/oder des EWE-Konzerns ergeben können.

Der Auftragnehmer ist damit verpflichtet, bei der Entwicklung und Fortschreibung der leistungsspezifizierenden Anforderungen Vereinbarungen über alle Lieferungen und Leistungen zu treffen, die aus Sicht der EWE AG erforderlich oder nützlich sind, um die dem Grunde nach beschriebenen Projektanforderungen sowie die sich im Rahmen des Projektverlaufs ergebenden weiteren Anforderungen zu erfüllen. Die Pflicht gilt nur dann nicht, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass ihm die betreffende Vereinbarung unzumutbar ist.

(4) Die Spezifizierungen und Fortentwicklungen der Leistungspflichten während der Designphase stellen keine Change Requests dar. Solche sind erst nach formaler Beendigung der Designphase (durch den Auftraggeber) möglich.

(5) Die Parteien sind sich darüber einig, dass die leistungsbeschreibenden Unterlagen, die durch den Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen auch mit Abschluss der Designphase ggf. nicht ausnahmslos bis in die Details regeln werden. Es bedarf mithin ggf. auch nach Abschluss der Designphase sogenannter Verfeinerungen der vereinbarten Leistungen:

Sofern und soweit sich herausstellt, dass die im Rahmen der Designphase abgestimmten und innerhalb der leistungsbeschreibenden Unterlagen niedergelegten Spezifikationen zur Bestimmung der im Einzelnen zu erbringenden Leistungen aus vernünftiger und sachgerechter Sicht der EWE AG nicht ausreichend sind, werden weitere Verfeinerungen der vorhandenen Spezifikationen durch die EWE AG im Rahmen der dort vorhandenen Kenntnisse und unter beratender Mithilfe des Auftragnehmers vorgegeben und von diesem verantwortlich geprüft und umgesetzt, soweit die Umsetzung ihm nicht unzumutbar ist. Die leistungsbeschreibenden Unterlagen werden durch den Auftragnehmer demgemäß fortgeschrieben bzw. aktualisiert.

Verfeinerungen, wie in diesem Absatz beschrieben, sind keine Change Requests, sondern stellen lediglich eine Bestimmung, Konkretisierung und/oder Detaillierung (zusammenfassend „**Verfeinerung**“) der vereinbarten Leistungen und/oder Spezifikationen dar. Damit sind allein vollständig neue und/oder weitere Anforderungen nach Abschluss der Designphase gemäß den getroffenen Abreden als Change Requests zu behandeln.

### § 3 Zusammenarbeit mit anderen Projektteilen, Projektüberwachung gesamt

(1) Das Gesamtprojekt besteht aus mehreren Projektteilen und verschiedenen Dienstleistern. Eine Grobdarstellung ist in Abschnitt 5 aufgeführt. Der Auftragnehmer stimmt seine eigene Leistungserbringung inhaltlich, zeitlich und organisatorisch mit allen anderen Dienstleistern, die der Auftraggeber im Zusammenhang mit der Umstellung auf S/4 HANA ERP & EAM einsetzt, in einer Weise ab, die einen sinnvollen und möglichst unterbrechungsfreien Projektfortschritt ermöglicht. Er stellt anderen Dienstleistern alle relevanten oder möglicherweise relevanten Informationen unaufgefordert und unverzüglich zur Verfügung.

(2) Im Projekt wird zur Ermöglichung und Vereinfachung der Zusammenarbeit mit allen Projektteilen auch eine RACI-Matrix genutzt, die auf Basis der Leistungsbeschreibung und der projektseitig vorgesehenen Rollen und Gremien zur klaren Abgrenzung von Verantwortlichkeiten, Mitwirkungsbedarfen und Schnittstellen zwischen den Projektbeteiligten erstellt wird. Die RACI-Matrix ist Bestandteil dieses Vertrages:

[hier **RACI-Matrix** einfügen]

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die RACI-Matrix fortlaufend auf Aktualität zu überprüfen und Anpassungen nach Abstimmung mit dem Auftraggeber vorzunehmen. Änderungen werden durch den Auftragnehmer im Gesamtprojekt kommuniziert.

(3) Der Auftragnehmer sichert über seine eigenen Umstellungsleistungen hinaus die inhaltliche, zeitliche und organisatorische Qualität der umstellungsbezogenen Teilleistungen, die von Mitarbeitern des Auftraggebers oder anderen vom Auftraggeber beauftragten Unternehmen erbracht werden. Um Projektrisiken frühzeitig zu erkennen, informiert er sich zum jeweiligen Leistungsstand bei dem Auftraggeber sowie anderen Dienstleistern des Auftraggebers entsprechend inhaltlich, zeitlich und organisatorisch. Er informiert den Auftraggeber unaufgefordert und in Textform über mögliche Projektrisiken und schlägt in diesem Zusammenhang Maßnahmen vor, um den Risiken und ihren Auswirkungen entgegenzuwirken.

(4) Bezogen auf seine Leistungserbringung nach diesem Vertrag stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber in Textform mindestens nach jeder einzelnen Meilensteinerreichung und zusätzlich durch Aufforderung durch den Auftraggeber einen Controlling-Bericht im Hinblick auf die Einzelleistungen zur Verfügung. Der Bericht stellt auch die jeweils erreichte Qualität dar und informiert zur aktuellen Kostensituation und deren Prognose und möglichen Risiken. Art und Umfang des Berichts wird zum Projektstart durch den Auftraggeber angemessen festgelegt.

(5) Dem Auftragnehmer ist bewusst, dass er seine Leistungen im Rahmen eines Gesamtprojekts erbringt, das in zwei prozessual getrennte Arbeitspakete gegliedert ist.

### Prozessuale Unterscheidung

Arbeitspaket 1: Implementierung der technischen Prozesse (EAM)

Arbeitspaket 2: Implementierung der kaufmännischen Prozesse anhand eines vorhandenen Templates (ERP)

Arbeitspaket 1 (EAM) ist gemäß diesem Vertrag vollständig und gesamtverantwortlich durch den Auftragnehmer durchzuführen, soweit nicht einzelne Tätigkeiten und/oder Mitwirkungen ausdrücklich durch die EWE AG und/oder durch deren beauftragte Dritte durchgeführt werden. Arbeitspaket 2 ist nicht Gegenstand des vorliegenden Projektes, sondern wird durch die EWE AG separat durchgeführt. Gleichwohl sind die unter dem vorliegenden Vertrag vereinbarten Leistungen durch den Auftragnehmer auch Arbeitspaket-übergreifend zu erbringen, d.h. die Leistungserbringung des Auftragnehmers kann Auswirkungen auf Arbeitspaket 2 haben, weshalb der Auftragnehmer seine Leistungen mit entsprechend umfassender Verantwortung und Umsicht zu erbringen hat. Dies betrifft insbesondere, nicht abschließend, die folgenden Tätigkeitsbereiche:

- **Projektmanagement/PMO:** Tätigkeitsbeschreibung siehe **Anlage B\_Leistungsbeschreibung\_Los1** sowie **Anlage C1\_Preisblatt** (inkl. Rollenbeschreibung).
  - o Die Tätigkeiten sind **prozess- und arbeitspaketübergreifend** durchzuführen, beinhalten also die Steuerung des Projekts inkl. Steuerung weiterer Auftragnehmer (Arbeitspaket Umsetzung der kaufm. Prozesse ERP). Die Gesamtverantwortlichkeit des Auftragnehmers gilt im Sinne der vollständigen Leistungserbringung.
- **Technische Implementierung:** Tätigkeitsbeschreibung siehe **Anlage B\_Leistungsbeschreibung\_Los1** sowie **Anlage C1\_Preisblatt** (inkl. Rollenbeschreibung).
  - o Die Tätigkeiten beziehen sich auf **die technische Implementierung der technischen Prozesse (EAM) inkl. erforderlicher Schnittstellen** zu den kaufmännischen Prozessen (ERP).
- **Datenmigration:** Tätigkeitsbeschreibung siehe **Anlage B\_Leistungsbeschreibung\_Los1** sowie **Anlage C1\_Preisblatt** (inkl. Rollenbeschreibung).
  - o Die Tätigkeiten sind arbeitspaket- und **prozessübergreifend** in Zusammenarbeit mit dem verantwortlichen Auftragnehmer für das Arbeitspaket kaufm. Prozesse (ERP) durchzuführen.
- **Cut-Over-Management:** Tätigkeitsbeschreibung siehe **Anlage B\_Leistungsbeschreibung\_Los1** sowie **Anlage C1\_Preisblatt** (inkl. Rollenbeschreibung).
  - o Die Tätigkeiten sind **prozessübergreifend** in Zusammenarbeit mit dem verantwortlichen Auftragnehmer für das Arbeitspaket kaufm. Prozesse (ERP) durchzuführen.

Detaillierte Informationen zu den Arbeitspaketen und Losschnitten sind der **Anlage B\_Leistungsbeschreibung\_Los1** zu entnehmen.

## § 4 Meilensteinplan, Projektablaufplan, Verbindlichkeit, höhere Gewalt

(1) Die Leistungserbringung erfolgt auf der Grundlage der Meilensteine mit einer zeitlichen Fixierung und erwarteten Lieferobjekten. Die geforderten Lieferobjekte sind in der **Anlage B\_Leistungsbeschreibung\_Los1** in Kapitel 3 beschrieben.

(2) Auf der Grundlage des Meilensteinplanes ist zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber der Projektablaufplan mit Terminen für alle Aktivitäten und Meilensteine der in der **Anlage B\_Leistungsbeschreibung\_Los1** enthaltenen konkreten Einzelleistungen vereinbart. Der Projektablaufplan und das zugrunde liegende Vorgehensmodell sind wie folgt:

### Wesentliche Meilensteine:

- Ende Design-Phase
- Ende Build-Phase
- Ende Mockups/Migration
- Ende Integrationstest
- Ende User-Acceptance-Test
- Go-Live: 01.01.2030

[Hier **Projektablauf- und Meilensteinplan sowie Vorgehensmodell** einfügen]

- (3) Der Auftragnehmer überprüft den jeweils aktuellen Projektablaufplan fortlaufend im Hinblick auf Anpassungsbedarfe und / oder Optimierungsbedarfe. Erkennt er Anpassungsbedarf, unterbreitet er dem Auftraggeber dazu in Textform einen begründeten Anpassungsvorschlag, in dem auch die Auswirkungen auf andere Teile des Gesamtprojekts berücksichtigt sind. Wenn der Auftraggeber dem Vorschlag zustimmt (Textform), passt der Auftragnehmer den jeweils aktuellen Projektablaufplan dokumentiert an.
- (4) Die Meilensteintermine sind verbindlich. Dasselbe gilt für alle sonstigen vereinbarten Termine und Ausführungsfristen – zusammenfassend „**Termine**“ genannt –, soweit nicht einzelne Termine ausdrücklich als unverbindlich bezeichnet werden. Der Auftragnehmer weiß, dass die Einhaltung der vereinbarten Termine für den Auftraggeber von hoher geschäftlicher Bedeutung ist. Er wird deshalb alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um die Einhaltung der Meilensteintermine zu ermöglichen. Seine Pflicht zur Termin- und Vertragstreue bleibt von dieser Maßgabe unberührt.
- (5) Die durch den Auftragnehmer verschuldete Nichteinhaltung eines oder mehrerer Meilensteine und/oder sonstiger vereinbarter Termine führt zu einer Schadensersatzpflicht des Auftragnehmers, der daraus entstehende Schaden wird durch den Auftraggeber ersetzt. Unberührt bleiben die vertraglichen und gesetzlichen Rechte des Auftraggebers im Übrigen.
- (6) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich in Textform, sobald eine Gefährdung der Einhaltung des Projektablaufplanes einschließlich der Meilensteine und/oder sonstiger vereinbarter Termine zu erkennen ist. Er stellt dabei die konkreten Risiken und Folgen einer Nichteinhaltung des Planes dar und unterbreitet Lösungsmöglichkeiten. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben von dieser Hinweispflicht unberührt, insbesondere gilt auch vorstehender Absatz (5). Ebenso unberührt bleibt die Pflicht des Auftragnehmers zur Termin- und Vertragstreue.
- (7) Im Falle des Eintretens von höherer Gewalt verlängern sich die Leistungszeiten bzw. Mitwirkungszeiten in angemessenem Umfang. Ereignisse höherer Gewalt sind ausschließlich die von der Rechtsprechung als solche anerkannten. Über den Eintritt eines Falles von höherer Gewalt hat der davon betroffene Vertragspartner den anderen Vertragspartner unverzüglich und in schriftlicher Form in Kenntnis zu setzen. Ist aufgrund der Art der Behinderung nicht zu erwarten, dass die Leistung des Auftragnehmers innerhalb eines dem Auftraggeber zumutbaren Zeitraums erbracht wird, ist der Auftraggeber berechtigt, wegen des noch nicht erfüllten Teils der Leistung den Vertrag ganz oder teilweise mittels Kündigung zu beenden. Sonstige Rechte des Auftraggebers bleiben vorbehalten.

## § 5 Kompatibilität der Systemlandschaft und systemische Rahmenbedingungen

- (1) Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen unter Berücksichtigung der in der **Anlage B Leistungsbeschreibung\_Los1** dargestellten Systemumgebung und Schnittstellen sowie der Zielsysteme.
- (2) Der Auftragnehmer ist verantwortlich für die sorgfältige Ermittlung und Feststellung der Hard- und Softwaregegebenheiten beim Auftraggeber und verpflichtet sich hiermit, die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen zu den bestehenden Hard- und Softwaregegebenheiten kompatibel zu erbringen. Hierbei hat er insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass seine Leistungen, Lieferobjekte und sonstigen Arbeitsergebnisse mit allen in den Konzerngesellschaften des Auftraggebers vorhandenen und mit dem Betrieb der Leistungen und Ergebnisse berührten Komponenten störungsfrei funktionieren.
- (3) Zu Projektbeginn prüft der Auftragnehmer in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber, ob alle benötigten technischen Komponenten der Infrastruktur vorhanden sind. Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber bei der Ertüchtigung der technischen Voraussetzungen. Sofern Anpassungsbedarfe vorhanden sind, informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich (Textform).

## § 6 Mitarbeiter des Auftragnehmers, Arbeitsort, Arbeitszeit, Projektsprache

- (1) Der Auftragnehmer hat zur Erbringung der vereinbarten Leistungen jederzeit qualifiziertes Personal in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen und dabei eine höchstmögliche Kontinuität in der Personalzuordnung zu wahren. Durch geeignete Schulungsmaßnahmen gewährleistet der Auftragnehmer ferner, dass das von ihm eingesetzte Personal neben dem erforderlichen aktuellen IT-Fachwissen auch über ausreichende Kenntnisse der für die vertragsgegenständlichen Leistungen relevanten Abläufe beim Auftraggeber verfügt.
- (2) Die in der Anlage E Personal genannten Personen werden im Projektteam des Auftragnehmers eingesetzt.

(3) Änderungswünsche zum Mitarbeiterinsatz werden zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer einvernehmlich abgestimmt, mit der Maßgabe, dass der Auftragnehmer einem objektiv nachvollziehbaren Änderungswunsch des Auftraggebers nachzukommen hat, soweit dies arbeitsrechtlich möglich ist.

(4) Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen sowohl in Präsenz bei dem Auftraggeber in Oldenburg als auch remote. Die Vor-Ort-Termine werden durch den Auftraggeber nach konkretem Projektbedarf bestimmt.

(5) Die Vertragspartner sind sich einig und tragen dafür Sorge, dass der Auftragnehmer sowie dessen Mitarbeiter, Subunternehmer und sonstigen Erfüllungsgehilfen im Sinne der arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen

- nicht in den Geschäftsbetrieb des Auftraggebers eingegliedert werden,
- die für die vertragsgemäße Leistungserbringung erforderlichen Organisationsabläufe eigenständig aufstellen und
- die vereinbarten Leistungen gemäß den Regelungen dieses Vertrages eigenverantwortlich erbringen und hierbei insbesondere, mit Ausnahme etwaiger Anweisungen zur Einhaltung der betrieblichen Ordnung und der Sicherheit, Arbeitssicherheit, keinen Weisungen durch den Auftraggeber unterliegen.

(6) Der Auftragnehmer wird sich mit der betrieblichen Ordnung und den beim Auftraggeber geltenden Sicherheitsregelungen vertraut machen. Die Mitarbeiter des Auftragnehmers und dessen sonstige Erfüllungsgehilfen haben im Blick auf die betriebliche Ordnung und die Sicherheitsvorschriften, insbesondere Arbeitssicherheit, den Anweisungen des Auftraggebers und den mit der Kontrolle und Überwachung von Sicherheitsvorschriften und Regelungen befassten Personen Folge zu leisten.

(7) Projektsprache sowie Sprache sämtlicher im Rahmen dieses Vertrages zu erstellenden Unterlagen ist Deutsch, sofern im Einzelfall nichts anderes ausdrücklich vereinbart wird.

## § 7 Vergütung, Preisschwelle, Zahlungsbedingungen

(1) Für die Vergütung sind die Preise der **Anlage C1\_Preisblatt** verbindlich vereinbart.

(2) Der Auftragnehmer erfasst den Zeitaufwand der tatsächlich geleisteten Tätigkeiten unter prüffähiger Angabe der Tätigkeiten je Kalendermonat und Mitarbeiter unter Verwendung der durch den Auftraggeber zur Verfügung gestellten Vorlage. Der Auftragnehmer legt die Auflistung dem Auftraggeber spätestens in den ersten fünf Werktagen (nicht Samstag) des Folgemonats vor. Der Auftraggeber bestätigt den Erhalt der Tätigkeitsnachweise mit seiner Unterschrift, sofern er hierzu keine Einwände hat. Eine inhaltliche Prüfung und/oder ein Gutbefund von Leistungen wird durch die Unterschrift nicht erklärt. An die Rechnungen des Auftragnehmers sind die vom Auftraggeber bestätigten Tätigkeitsnachweise anzuhängen.

(3) Für die Vergütung der Leistungen ist die in der **Anlage C1\_Preisblatt** vereinbarte Preisschwelle wie folgt maßgeblich: Alle vereinbarten Stundensätze reduzieren sich ab dem Erreichen der Preisschwelle für alle weiteren Leistungen um jeweils 20%. Der Auftragnehmer bleibt zur weiteren Leistungserbringung zu diesen verringerten Stundensätzen verpflichtet.

Die vorstehende Regelung der Stundensatz-Reduzierung gilt jedoch nicht für Leistungsänderungen, die nach Maßgabe des § 12 zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber formal vereinbart werden. Vereinbarte Leistungsänderungen gemäß nachfolgendem § 12 werden damit stets nach den in der **Anlage C1\_Preisblatt** enthaltenen Stundensätzen abgerechnet, eine Reduzierung nach Erreichen der Preisschwelle erfolgt in Bezug auf solche vereinbarten Leistungsänderungen nicht. Die Vergütung aller Leistungsänderungen nach § 12 ist jedoch für die Ermittlung der Erreichung der Preisschwelle zu berücksichtigen und fließt hier ein.

(4) Der Auftraggeber bezahlt vertragsgemäß eingereichte und inhaltlich korrekte Rechnungen für von ihm nicht beanstandete Leistungen innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang der jeweiligen Rechnung. Die Rechnungslegung durch den Auftragnehmer erfolgt monatlich. Einer Rechnungslegung sind gemäß vorstehendem Absatz (2) die durch den Auftraggeber unterschriebenen und inhaltlich korrekten Tätigkeitsnachweise beizufügen.

## § 8 Projektleitung und Gremien

(1) Jeder Vertragspartner benennt einen Projektleiter und einen Stellvertreter für ihn. Der Projektleiter des Auftragnehmers steht für das Projekt mit dem überwiegenden Teil seiner Arbeitszeit zur Verfügung. Bei zwingender Abwesenheit (z.B. Krankheit und Urlaub) vertritt ihn der Stellvertreter.

(2) Der Auftraggeber wird einen Lenkungsausschuss etablieren. Dieser stellt das oberste Entscheidungsgremium des Gesamtprojektes dar. Der Auftragnehmer stellt für die Lenkungsausschuss-Sitzungen Informationen in Textform bereit, die Auskunft über den Status des Gesamtprojektes einschließlich der Kostensituation, das geplante weitere Vorgehen und auf der Lenkungs-Ebene notwendige Entscheidungsbedarfe geben. Der Projektleiter des Auftraggebers und der Projektleiter des Auftragnehmers nehmen – sofern die Mitglieder des Lenkungsausschusses dies nicht ausschließen – an den Sitzungen des Lenkungsausschusses teil. Alle

**Kommentiert [MB1]:** hier wurden hinsichtlich der Preisschwelle nun klarstellende Formulierungen versucht.

Allerdings wäre wohl kritisch zu hinterfragen, ob das Verfahren der Preisschwelle vorliegend tatsächlich zuverlässig funktionieren kann, oder ob der AN das Verfahren untertaufen kann. Weil zumindest zu Vertragsbeginn die Leistungen und Ergebnisse nur grob spezifiziert sind, könnte der AN ggf. leicht und ausufernd CRs fordern. Hiergegen sollten zwar die Formulierungen in § 2 und § 12 helfen, aber eine letzte Sicherheit, dass CRs allein auf Wunsch von EWE passieren werden, wird es vermutlich nicht geben.

**Kommentiert [SC2]:** tbd  
Widerspruch

**Kommentiert [MB3R2]:** WICHTIG: U. E. handelt es sich nicht um einen Widerspruch – sondern relevant ist, wie geregelt werden soll.

Variante 1: Vereinbarte CRs werden immer zu den Stundensätzen gem. Anlage C1 abgerechnet. Eine Reduzierung kommt nicht in Betracht. Jedoch ist die CR-Vergütung in Summe relevant für die Berechnung, ab wann die Preisschwelle erreicht wird. In diesem Fall greift die Vergütungsreduzierung – aber eben NUR für die „herkömmlichen“ Leistungen, nicht für die CRs. D.h. durch CRs kann die Preisschwelle also früher erreicht werden.

→ So verstehen wir die Regelung bisher, so könnte sie auch sinnvoll sein, weil andernfalls die Motivation des AN, möglichst viel über CRs zu erntigen, noch höher sein dürfte.

Variante 2: CRs bleiben in der Betrachtung vollständig außen vor, d.h. auch für die Berechnung der Preisschwelle.

→ Falls es so geregelt werden soll, muss an mehreren Stellen umformuliert werden.



Projektmitarbeiter stehen dem Lenkungsausschuss jederzeit zu Auskünften zur Verfügung.

(3) Im Projektverlauf wird es eine regelmäßige, fortlaufende Einbindung von Genehmigungsgremien, wie Betriebsrat, Datenschutz und IT-Sicherheit, geben. Der Auftragnehmer ist zur Mitarbeit verpflichtet. Dabei geht es um Unterstützung in der Organisation und Informationsbereitstellung.

## § 9 Subunternehmer, Arbeitnehmer-Entsendegesetz

(1) Der Auftragnehmer darf die in der **Anlage D Subunternehmer** aufgelisteten Subunternehmer einsetzen. Die Übertragung von Leistungsteilen vom Auftragnehmer auf einen sonstigen Subunternehmer bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer hat die von ihm eingesetzten Subunternehmer entsprechend nach den Regelungen dieses Vertrages zu verpflichten.

Der Auftragnehmer steht für das Verhalten der von ihm eingesetzten Subunternehmer ein wie für eigenes. Die Lieferungen und Leistungen eines Subunternehmers gelten im Verhältnis zum Auftraggeber als Leistungen des Auftragnehmers.

(2) Eingesetzte Subunternehmer müssen die Leistungserbringung im europäischen Raum durchführen und sollten ihren jeweiligen Hauptsitz ebenfalls in der EU haben.

(3) Der Auftragnehmer wird die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen – Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) - in der jeweils gültigen Fassung beachten. Auf Verlangen des Auftraggebers ist der Auftragnehmer verpflichtet, jederzeit aktuelle Nachweise, insbesondere im Hinblick auf die Zahlung der Mindestlöhne, zu übergeben.

(4) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Haftungsansprüchen frei, die sich daraus ergeben, dass der Auftragnehmer, seine Subunternehmer oder die von diesem eingesetzten Subunternehmer ihren Verpflichtungen nach dem AEntG nicht nachkommen.

(5) Überträgt der Auftragnehmer Teile der Leistung oder die Leistung im Ganzen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers an einen Subunternehmer oder verstößt er gegen den vorstehenden Absatz (3), so ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrages nach § 21 berechtigt. Darüber hinaus ist der Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 100.000 € (netto) zu fordern. Darüberhinausgehende Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Eine gezahlte Vertragsstrafe wird auf eine Schadenersatzforderung wegen Verletzung des Verbots nach den vorstehenden Absätzen (1) und (3) angerechnet.

(6) Mit Blick auf Unterbeauftragungen stellt der Auftragnehmer sicher und steht dafür ein, dass dem Auftraggeber mindestens die nach diesem Vertrag vereinbarten Rechte an den Arbeitsergebnissen eingeräumt werden, die diesem eingeräumt würden, wenn die Arbeitsergebnisse von dem Auftragnehmer selbst erstellt worden wären.

## § 10 Mitwirkung des Auftraggebers

(1) Die Vertragspartner sind sich einig, dass es sich bei den von dem Auftraggeber zu erbringenden Mitwirkungen lediglich um Obliegenheiten handelt, und zwar unabhängig davon, ob Mitwirkungstätigkeiten jeweils als „Mitwirkung“, „Mitwirkungspflicht“, „Mitwirkungsleistung“ oder sonst wie bezeichnet werden.

(2) Der Auftraggeber wirkt, jeweils soweit ihm zumutbar, wie folgt mit:

- Der Auftraggeber versorgt den Auftragnehmer auf Verlangen mit den für die Leistungserbringung erforderlichen, bei dem Auftraggeber vorhandenen Informationen mit Blick auf die betriebsbezogene Organisation, Geschäftsprozesse, Funktionen, Verantwortungen des Auftraggebers und Schnittstellen zu anderen Anwendungen. Er gewährt dem Auftragnehmer im erforderlichen Umfang Zugang zu den hierfür relevanten Daten, Dateien, Dokumenten und sonstigen Materialien;
- Der Auftraggeber gewährt dem Auftragnehmer in dem für die Leistungserbringung erforderlichen Umfang Zugang zu Gebäuden und Räumlichkeiten und Zugriff auf Systeme des Auftraggebers;
- Zurverfügungstellung der für die vertragsgegenständlichen Leistungen erforderliche S/4HANA-Systemumgebung (inkl. der Entwicklungs- und Testsysteme) gemäß Leistungsbeschreibung;
- Remote-Zugänge für die eingesetzten Projektmitarbeiter des Auftragnehmers;
- Initiale Zugangsberechtigungen;
- Testdaten zum Aufbau der Testumgebung.

Damit sind die Mitwirkungen des Auftraggebers abschließend vereinbart, es sei denn an anderer Stelle innerhalb der Vertragsunterlagen sind weitere Mitwirkungen ausdrücklich vereinbart. Der Auftraggeber schuldet keine weiteren Mitwirkungen als die ausdrücklich vereinbarten.

(3) Der Auftragnehmer fordert alle vereinbarten Mitwirkungen des Auftraggebers rechtzeitig unter einer angemessenen Vorlaufzeit in Textform an. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich in Textform auf aus seiner Sicht fehlende und/oder unzureichende Mitwirkungen hinweisen.

## § 11 Testverfahren

(1) Die Planung, Organisation, Durchführung und Bewertung von Tests sowie das Testmanagement auf Seiten des Auftraggebers sind nicht Gegenstand dieses Vertrages. Diese Leistungen werden durch einen vom Auftraggeber gesondert beauftragten Dritten erbracht.

(2) Der Auftragnehmer hat im Rahmen seiner vertraglich geschuldeten Leistungserbringung sicherzustellen, dass die von ihm erstellten Arbeitsergebnisse testfähig sind und zu den jeweils mit angemessenem zeitlichem Vorlauf ihm bekannt gegebenen Zeitpunkten in einer Form bereitgestellt werden, die die Durchführung der Tests durch den vom Auftraggeber beauftragten Dritten ermöglicht.

(3) Der Auftragnehmer wirkt im erforderlichen Umfang an der Abstimmung mit dem für das Testing beauftragten Dritten mit, insbesondere bei der Klärung von fachlichen, technischen und prozessualen Rückfragen zu den von ihm verantworteten Arbeitsergebnissen.

(4) Die Regelungen zur Abnahme gemäß § 14a dieses Vertrages bleiben von den Regelungen zum Testverfahren in diesem § 11 unberührt.

## § 12 Leistungsänderungen

(1) Der Auftraggeber kann jederzeit Leistungsänderungen verlangen (sog. „Change Request“), die sich aus dem Gesamtprojekt heraus ergeben, es sei denn, sie wären für den Auftragnehmer unzumutbar.

(2) Soweit sich nicht aus mitgeltenden Vertragsunterlagen etwas anderes ergibt, gilt für Leistungsänderungen folgende abgestufte Vorgehensweise:

a) Leistungsänderungen mit einem vorausgeschätzten Aufwand von bis zu zehn (10) Personentagen, die keine Auswirkungen auf vereinbarte Meilensteine, den Projektgesamtzeitplan, die System- oder Schnittstellenarchitektur sowie auf andere Projektteile oder Lose haben, können einvernehmlich auf operativer Ebene vereinbart und in einem Backlog oder einem entsprechenden Projektartefakt in Textform dokumentiert werden. Eine Umsetzung erfolgt nach Freigabe durch das PMO, die Projektleitung des Auftraggebers und Auftragnehmers wird informiert.

b) Leistungsänderungen mit einem vorausgeschätzten Aufwand von mehr als zehn (10) bis zu dreißig (30) Personentagen oder solche, die koordinative oder zeitliche Auswirkungen innerhalb des Projekts haben können, bedürfen vor ihrer Umsetzung der Freigabe durch die Projektleitungen von Auftraggeber und Auftragnehmer in Textform.

c) Leistungsänderungen mit einem vorausgeschätzten Aufwand von mehr als dreißig (30) Personentagen sowie Leistungsänderungen unabhängig vom Aufwand, die Auswirkungen auf Projektmeilensteine und / oder den Gesamtzeitplan haben, bedürfen der vorherigen Entscheidung des zuständigen Lenkungskreises bzw. des Auftraggebers.

(3) Der Auftragnehmer prüft vor Umsetzung jede durch den Auftraggeber gewünschte Leistungsänderung unverzüglich auf den mit der Leistungsänderung verbundenen voraussichtlichen Mehraufwand und informiert den Auftraggeber in Textform über die Einordnung gemäß vorstehendem Absatz (2).

(4) Wenn der Auftraggeber nicht anders entscheidet, setzt der Auftragnehmer während der Prüfung und Entscheidung über Leistungsänderungen die Leistungserbringung nach den vertraglichen Regelungen fort. Jede Leistungsänderung ist erst ab deren rechtskräftiger Vereinbarung umzusetzen, andernfalls der Auftragnehmer keinen Anspruch auf diesbezügliche Vergütung hat.

(5) Die Vergütungsregelungen in vorstehendem § 7 einschließlich **Anlage C1\_Preisblatt** gelten für vertraglich vereinbarte Leistungsänderungen entsprechend.

## § 13 Dokumentation

(1) Der Auftragnehmer erstellt für den Auftraggeber alle für den späteren Betrieb und die Weiterentwicklung benötigten Dokumentationen. Dokumentationen sind im Mindestumfang die nachfolgend genannten und in deutscher Sprache zu liefernden Informationen:

Dokumentation für Konzepte, Migration, Entwicklertests, Entwicklungsrichtlinien, Systemdokumentation, Codedokumentation, Prozesse und Schnittstellen.

(2) Die Dokumentationen sind im Datenformat „DOCX“ zu erstellen und mit einer Qualität, die die Anwender des Auftraggebers befähigt, den Betrieb und die Weiterentwicklungen anhand der Dokumentationsinformationen zu leisten.

## § 14a Abnahme

(1) Soweit sich der Auftragnehmer im Einzelfall zu Teilabnahmeprüfungen bereit erklärt (z.B. im Rahmen von „Quality Gates“), erschöpft sich die Rechtswirkung der Erklärung einer Teilabnahme in der Feststellung, dass die Teil-Leistung zum Zeitpunkt der Teilabnahme für sich und in dem abgenommenen Umfang im Wesentlichen vertragsgemäß war. Die finale Abnahmeprüfung des Gesamtwerks („**Gesamtabnahme**“) bleibt weiterhin erforderlich.

(2) Die rechtlich verbindliche Abnahme der nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen erfolgt im Rahmen einer umfassenden Gesamtabnahmeprüfung nach erfolgreicher Beendigung der Hypercare-Phase. Die Gesamtabnahme stellt die für sämtliche vereinbarten Leistungen allein verbindliche Abnahme dar.

Während der Abnahmeprüfung werden sämtliche durch den Auftragnehmer erbrachten Leistungen sowohl einzeln als auch in der Zusammenschau beurteilt, und zwar insb. auf die Einhaltung der vereinbarten Leistungsmerkmale sowie auf Vertragsgemäßheit und Fehlerfreiheit im Übrigen, auf ihr Zusammenwirken mit anderen Lieferungen und Leistungen des Gesamtprojektes und mit dem Geschäftsbetrieb der EWE AG, sowie ergänzend auf Einhaltung des aktuellen Standes der Technik.

(3) Die Erklärung der Abnahme setzt eine produktive Nutzung ohne Vorhandensein und/oder Auftreten von Fehlern der Klasse 1 und Klasse 2 – gemäß § 14b – (mindestens) für den Zeitraum der Hypercare-Phase („**Abnahmezeitraum**“) mit Blick auf alle Leistungsteile sowie das Gesamtergebnis voraus (Abnahmefähigkeit).

(4) Der Abnahmezeitraum beginnt, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber schriftlich (Textform) das Vorliegen der Abnahmefähigkeit gemäß vorstehendem Absatz (2) mitteilt. Der Auftraggeber kann den Zeitraum der Abnahmeprüfung jederzeit durch einseitige Erklärung in Textform verlängern, soweit und solange dies dem Auftraggeber nicht unzumutbar ist.

(5) Eine Abnahme kann verweigert werden, wenn mindestens ein Fehler der Klasse 1 und/oder drei Fehler der Klasse 2 – gemäß § 14b – bestehen („**abnahmehindernde Fehler**“).

(6) Hinsichtlich unwesentlicher Mängel – d.h. wenn allein Fehler der Klasse 3 vorliegen – darf der Auftraggeber die Abnahme nicht verweigern. Er ist jedoch berechtigt, die Bezahlung der Vergütung in einer Höhe zu verweigern, die der doppelten Summe der für die Beseitigung der Mängel voraussichtlich erforderlichen Kosten entspricht.

(7) Wird die Abnahme berechtigt verweigert und/oder meldet der Auftraggeber dem Auftragnehmer innerhalb der laufenden Abnahmeprüfung das Vorhandensein abnahmehindernder Fehler, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Leistung unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Wochen ab Abnahmeverweigerung bzw. Meldung des jeweiligen Fehlers, nachzubessern und diese dem Auftraggeber unverzüglich erneut vorzulegen. Anschließend findet die weitere (bzw. erneute) Abnahmeprüfung nach den Regelungen dieses Vertrages statt. Schlägt auch diese Abnahmeprüfung fehl, d.h. liegen zum Ende der weiteren (bzw. erneuten) Abnahmeprüfung ein oder mehrere abnahmehindernde Fehler vor, kann der Auftraggeber von dem Vertrag (z. B. von der vereinbarten Leistungsänderung) nach seiner Wahl ganz oder teilweise zurücktreten und/oder Schadenersatz fordern. Davon unberührt bleiben die gesetzlichen Rechte im Übrigen, einschließlich der Erklärung der Abnahme unter Vorbehalt.

(8) Eine konkludente Abnahme ist ausgeschlossen.

## § 14b Fehlerklassen

(1) Für die Klassifizierung, Bewertung und Behandlung von Fehlern gilt die folgende Einteilung („Fehlerklassen“), wobei unter einen „Fehler“ neben dem gesetzlichen Fehler- und/oder Mangelbegriff auch jede sonstige Abweichung von Leistungen (einschließlich von Arbeitsergebnissen) von den vertraglichen Maßgaben sowie jedes nicht ordnungsgemäße Funktionieren einer Leistung (einschließlich Arbeitsergebnisse) fällt. Bis zur Gesamtabnahme aller Leistungen des Auftragnehmers beziehen sich die Fehlerklassen auf die geschuldeten Leistungen (einschließlich Arbeitsergebnisse) des Auftragnehmers. Ab Gesamtabnahme beziehen sich die Fehlerklassen auf festgestellte Mängel der bisherigen Leistungserbringung (einschließlich Arbeitsergebnisse) insb. im Rahmen der Mängelhaftung:

(a) Klasse 1 („kritisch“): Betriebsverhindernder Fehler

- Fehler, der die Durchführung von abnahmerelevanten Tests verhindert;
- Fehler, der die Aufnahme und/oder Durchführung der produktiven Nutzung im

Geschäftsbetrieb („Produktion“) verhindert:

- Fehler, der die Nutzung vertragsgegenständlicher Leistungen – sei es zu Zwecken abnahmerelevanter Tests oder der Produktion – verhindert;
- Fehler, der die bestimmungsgemäße Nutzung der Produktivsysteme verhindert;
- mit dem Vorstehenden vergleichbarer Fehler.

(b) Klasse 2 („hoch“): Betriebsbehindernder Fehler

- Fehler, der die Nutzung vertragsgegenständlicher Leistungen – sei es zu Zwecken abnahmerelevanter Tests oder der Produktion – mehr als nur unwesentlich einschränkt oder behindert,
- Fehler, der die Nutzung vertragsgegenständlicher Leistungen – sei es zu Zwecken abnahmerelevanter Tests oder der Produktion – nur deswegen nicht verhindert, wesentlich einschränkt oder behindert, weil ein Workaround zum Einsatz kommt,
- Fehler, der die bestimmungsgemäße Nutzung der Produktivsysteme mehr als nur unwesentlich einschränkt oder behindert;
- Fehler, der bei produktiver Nutzung vertragsgegenständlicher Leistungen und/oder Auswirkungen auf die Kunden des Auftraggebers und/oder der Kunden der Konzerngesellschaften der EWE AG hätte oder hat
- mit dem Vorstehenden vergleichbarer Fehler.

(c) Klasse 3 („gering“): Fehler mit nur unwesentlichen Auswirkungen auf die Nutzung der vertragsgegenständlichen Leistungen und/oder auf Produktivsysteme.

(2) Ein Fehler der Klasse 2 liegt auch vor, wenn so viele Fehler der Klasse 3 vorliegen, dass aus vernünftiger Sicht des Auftraggebers die Befürchtung besteht, die Leistung sei von einer unzureichenden Qualität. Im Zweifel ist dies anzunehmen bei einer Anzahl von zwanzig Fehlern der Klasse 3; je zwanzig Fehler der Klasse 3 liegt mithin ein (weiterer) Fehler der Klasse 2 vor.

Ein Fehler kann nach teilweiser Nachbesserung oder nach Aufzeigen einer Umgehungslösung in eine niedrigere Kategorie einzuordnen sein. Dies kann nur einvernehmlich erfolgen. Die Korrespondenz über Fehler ist beiderseits unverzüglich zu führen (Textform).

(3) Die Zuordnung der festgestellten Fehler zu den einzelnen Fehlerklassen erfolgt durch den Auftraggeber nach billigem Ermessen.

(4) Ergibt ein Testergebnis – z.B. im Rahmen einer Abnahmeprüfung oder auch im Rahmen von Zwischentests – einen oder mehrere Fehler aus den Fehlerklassen 1 bis 3, ist der Auftragnehmer verpflichtet, unverzüglich nach Information durch den Auftraggeber die jeweilige den Fehler betreffende vertragliche Leistung erneut und vertragsgemäß für einen Test zur Verfügung zu stellen und in diesem Zusammenhang vorhandene Mängel zu beheben. Hiervon unberührt bleiben die vertraglichen und gesetzlichen Rechte des Auftragnehmers im Übrigen.

## § 15 Unterstützungsleistungen im Produktivbetrieb

(1) Der Auftragnehmer steht nach der Produktivsetzung im Rahmen der Hypercare-Phase für sechs Monate – im Fall einer Verlängerung des Abnahmezeitraums ggf. auch länger – zur Verfügung, um bei auftretenden Fehlern, Performance-Engpässen und Handlings-Problemen zu unterstützen. Hierbei stellt er sicher, dass auch die Mitarbeiter, die die jeweiligen Entwicklungen durchgeführt haben, verfügbar sind.

(2) Für die Erbringung dieser Unterstützungsleistungen leistet der Auftraggeber eine Vergütung nach Maßgabe der Vereinbarungen in § 6 inklusive der Regelungen zur Preisschwelle in § 6 Absatz (3), soweit die Unterstützung nicht ohnehin ohne Vergütung zu erbringen ist – z.B. aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Mängelhaftung des Auftragnehmers und/oder aufgrund dessen Verpflichtung zur Fehlerbehebung im Rahmen der Abnahmeprüfung.

## § 16 Nutzungsrechte an Arbeitsergebnissen

(1) Sofern und soweit in rechtlicher Hinsicht auf dinglicher Ebene übertragbar bzw. abtretbar, stehen dem Auftraggeber alle Arbeitsergebnisse jeweils ab deren Entstehung auf dinglicher Ebene allein zu und werden hiermit von dem Auftragnehmer an den Auftraggeber bereits im Voraus vollständig abgetreten. Der Auftraggeber nimmt diese Abtretung hiermit an.

„Arbeitsergebnisse“ im Sinne dieses Vertrags sind alle durch den Auftragnehmer im Verlauf der Vertragsdurchführung produzierten körperlichen Gegenstände (insbesondere Unterlagen, Datenträger, Modelle, Dokumentationen, Berichte, Charts, Studien, Konzepte) sowie alle nicht körperlichen, geistigen Leistungen (insb.

**Kommentiert [SC4]:** „in der sog. Hypercare Phase“

**Kommentiert [SC5R4]:** zur Validierung: ist es die Hypercare-Phase oder nach der Hypercare-Phase

**Kommentiert [MB6R4]:** In der Tat hierzu nochmal die Frage: Findet die Hypercare-Phase nach der Gesamtabnahme statt, d.h. die Abnahmephase kommt vorher (so ist es bisher oben unterstellt). Oder ist die Hypercare-Phase gleichzeitig die Abnahmeprüfung?!

**Kommentiert [SC7R4]:** Abnahme ist vorher

**Kommentiert [SC8R4]:** Bitte Absatz/Satz dazu formulieren, dass es Quality Gates sind, aber keine Gesamtabnahme.

Die Gesamtabnahme erfolgt mit Abschluss Hypercare-Phase

**Kommentiert [MB9R4]:** Siehe oben im Kapitel der Abnahme

Individualsoftware sowie Anpassungen von Standardsoftware (einschließlich des Quellcodes)), auch soweit sie in Gegenständen verkörpert sind, sowie sonst dauerhaft manifestierte Ergebnisse der Leistungserbringung und zwar insbesondere solche, die über Registerschutz schutzfähig sind, wie z.B. technische Erfindungen, Geschmacksmuster, Designs, Marken sowie solche, die urheberrechtlichen Schutz genießen.

(2) Sofern und soweit auf dinglicher Ebene nicht übertragbar bzw. abtretbar oder sofern und soweit eine dingliche Rechtsübertragung unwirksam ist oder wird, erhält der Auftraggeber an den Arbeitsergebnissen bereits hiermit, jeweils bezogen auf den Zeitpunkt ihrer Entstehung, von dem Auftragnehmer räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte, ausschließliche und übertragbare Nutzungs- und Verwertungsrechte für alle bekannten und unbekannten Nutzungs- und Verwertungsarten.

Diese Rechte umfassen insbesondere das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung, Ausstellung, Vortrag, Aufführung, Vorführung, Sendung, Recht der öffentlichen Wiedergabe durch Bild- und Tonträger, Recht der Wiedergabe von Funksendungen und von öffentlicher Zugänglichmachung, das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung sowie Bearbeitungsrechte jeder Art einschließlich der Übersetzung.

Die vorgenannten Rechte werden als Konzernnutzungsrechte gewährt, d.h. sie gelten sowohl für den Auftraggeber als auch für alle mit der EWE AG als Konzernmutter gemäß §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen („berechtigte Unternehmen“). Der Auftraggeber ist nichtsdestoweniger insbesondere auch selbst berechtigt, die Arbeitsergebnisse (auch) allen berechtigten Unternehmen zu deren eigener Nutzung zur Verfügung zu stellen und diese entsprechenden Nutzungsrechte ganz oder teilweise zu übertragen und/oder zeitlich und inhaltlich beschränkte und/oder unbeschränkte (Unter-) Lizenzen, ggf. mehrstufig, zu erteilen.

(3) Der Auftraggeber erhält ungeachtet der vorstehenden Aufzählung von dem Auftragnehmer jedenfalls alle Rechte als ausschließliche Rechte, welche der Auftraggeber benötigt, um die Arbeitsergebnisse selbst zu nutzen, zu bedienen, zu warten, zu pflegen und weiterzuentwickeln sowie diese Rechte, gleich auf welche Weise, auf andere zu übertragen, mit anderen zu teilen und/oder diese Tätigkeiten durch beliebige Dritte ausführen zu lassen.

An körperlichen Gegenständen, die Arbeitsergebnisse verkörpern, überträgt der Auftragnehmer – bereits hiermit – dem Auftraggeber das Eigentum mit deren Entstehung. Der Auftraggeber nimmt die Eigentumsübertragung hiermit an.

(4) Der Auftragnehmer hat Erfindungen seiner Arbeitnehmer jeweils für den Auftraggeber kostenlos in Anspruch zu nehmen. Sofern es sich um vom Auftragnehmer eingesetzte Mitarbeiter handelt, verzichtet er auf seinen Anteil an den Nutzungs- und Verwertungsrechten und gewährleistet, dass die von ihm eingesetzten Personen ebenfalls auf ihre Miturheberrechte verzichten.

(5) Der Auftragnehmer wird Schutzrechte an Arbeitsergebnissen nicht selbst anmelden.

(6) Von Vorstehendem unberührt bleibt das Recht des Auftragnehmers, allgemeines Know-how, Erfahrungswissen, Methoden und Vorgehensweisen anderweitig zu verwenden und zu verwerten, solange die Vereinbarungen zwischen dem Auftragnehmer und Auftraggeber über Geheimhaltung und Datenschutz gewahrt bleiben.

(7) Der Auftragnehmer sichert hiermit zu und steht dafür ein, über die zur Rechteübertragung erforderlichen Rechte zu verfügen und die zur Durchführung von diesem § 16 erforderlichen Zustimmungen durch seine Mitarbeiter und sonst an der Entwicklung beteiligten Personen/Subunternehmer wirksam eingeholt zu haben.

(8) Alle Nutzungsrechteeinräumungen sind mit Zahlung der vereinbarten Vergütung vollumfänglich abgegolten.

(9) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Arbeitsergebnisse jederzeit mit Aufforderung durch den Auftraggeber, spätestens jedoch mit Vertragsbeendigung dem Auftraggeber zu übergeben.

## § 17 Mängelansprüche

### (1) Sach- und Rechtsmängelhaftung im Allgemeinen

(a) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die vertraglich bestimmten Leistungen mit der notwendigen Sorgfalt und durch entsprechend qualifiziertes Personal mangel- und fehlerfrei zu erbringen.

(b) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die von ihm zu erbringenden Leistungen den gegenwärtigen rechtlichen Vorgaben innerhalb der Vertragslaufzeit sowie den betrieblichen Bestimmungen des Auftraggebers entsprechen.

(c) Im Übrigen stellt der Auftragnehmer sicher, dass seine Leistungen eine Beschaffenheit gemäß § 633 Absatz 2 BGB haben.

(d) Soweit möglich, stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber im Fehler- bzw. Mangelfall bis zur endgültigen Beseitigung unverzüglich einen Workaround, d.h. eine temporäre Umkehrungslösung, bereit.

(e) Weist eine Leistung des Auftragnehmers nach diesem Vertrag einen Mangel oder Fehler auf, gelten im Übrigen die gesetzlichen Erfüllungs- und Mängelansprüche, soweit sie nicht durch die Bestimmungen dieses

Vertrags erweitert oder ausdrücklich beschränkt werden.

## **(2) Rechtsmängel/Schutzrechte Dritter**

(a) Der Auftragnehmer garantiert und steht dafür ein, dass die von ihm erbrachten Leistungen (einschließlich der Arbeitsergebnisse) frei von Rechten Dritter sind, die einer vertragsgemäßen Nutzung entgegenstehen, d.h. eine solche einschränken oder ausschließen.

(b) Werden durch die vertragsgemäße Nutzung der von dem Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen Schutzrechte Dritter verletzt, wird der Auftragnehmer auf seine Kosten nach seiner Wahl entweder

- vertragsgemäß das Recht zur Nutzung der betroffenen Leistungen verschaffen;
- die betroffenen Leistungen ohne für die Nutzer des Auftraggebers spürbare quantitative oder qualitative Änderungen so umgestalten, dass sie die Rechte Dritter nicht mehr verletzen;

und/oder

- die betroffenen Leistungen durch andere, in quantitativer und qualitativer Hinsicht gleichwertige Leistungen ersetzen, die die Schutzrechte Dritter nicht verletzen.

(c) Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter wegen behaupteter Schutzrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der vertragsgemäßen Nutzung der Leistungen freistellen sowie die Kosten einer angemessenen Rechtsverfolgung erstatten. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

(d) Wenn ein Gericht – sei es auch nur vorläufig und ohne Rechtskraft der Entscheidung – einem Dritten die behaupteten Ansprüche zuerkennt, gelten diese Ansprüche im Rechtsverhältnis zwischen den Parteien bis zur Rechtskraft einer entgegenstehenden Entscheidung als berechtigt.

(e) Die Parteien halten einander umfassend unterrichtet und stimmen jedes Vorgehen miteinander ab. Alle Entscheidungen sind daran zu orientieren, dass dem Auftraggeber und den berechtigten Unternehmen die Möglichkeit erhalten bleiben muss, die Leistungen weiterhin vertragsgemäß zu nutzen.

## **(3) Darüberhinausgehende gesetzliche und/oder vertragliche Ansprüche**

Darüberhinausgehende gesetzliche und/oder vertragliche Ansprüche (z. B. Kündigung aus wichtigem Grund) bleiben unberührt.

# **§ 18 Haftung, Haftpflichtversicherung**

(1) Die Vertragspartner haften einander im Rahmen der gesetzlichen Regelungen unbeschränkt für Personenschäden (Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit) sowie für vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden. Gleiches gilt für arglistig verschwiegene Mängel oder das Fehlen einer Beschaffenheit, für die eine Garantie übernommen wurde. In Fällen einer Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz gelten die Regelungen des Produkthaftungsgesetzes.

(2) Die Haftung für einfache Fahrlässigkeit ist der Höhe nach begrenzt auf das Gesamt-Vergütungsvolumen unter dem vorliegenden Vertrag, mindestens jedoch auf die folgenden Beträge:

- für jeden Einzelfall begrenzt auf 5 Mio. Euro;
- für alle Schäden unter dem Vertragsverhältnis zusammen in einem Zeitraum von jeweils 12 Monaten (gerechnet ab Beginn der Vertragslaufzeit) begrenzt auf 10 Mio. Euro.

(3) Für einen Zeitraum vom Inkrafttreten dieses Vertrags bis 3 Jahre nach dessen Beendigung hat der Auftragnehmer auf seine Kosten folgende Haftpflichtversicherungen zu unterhalten: Betriebshaftpflichtversicherung, IT-Berufshaftpflichtversicherung. Das Bestehen der Versicherungen hat er dem Auftraggeber auf dessen Anforderung jederzeit nachzuweisen. Die Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers muss mindestens folgende Deckungssummen pro Schadensereignis enthalten:

Für Personen- und Sachschäden zuzüglich Folgeschäden	10.000.000 €
Für Vermögensschäden	10.000.000 €

Die vorstehend genannten Deckungsbeträge müssen pro Versicherungsjahr mindestens zweimal zur Verfügung stehen.

# **§ 19 Geheimnisschutz**

(1) Als „Geschäftsgeheimnis“ im Sinne der nachfolgenden Regelungen gelten alle Informationen gemäß § 2 Nr. 1 Geschäftsgeheimnisgesetz (GeschGehG). „Vertrauliche Informationen“ sind – unabhängig von ihrer Bezeichnung – alle Geschäftsgeheimnisse sowie alle mündlich, schriftlich, auf Datenträger oder auf andere Weise von der EWE AG dem Auftragnehmer zugänglich gemachten und die technischen, organisatorischen, wirtschaftlichen

und/oder sonstigen Verhältnisse bzw. Aktivitäten der EWE AG und/oder des EWE Konzerns, dessen Kunden und/oder sonstigen Geschäftspartner unmittelbar oder mittelbar betreffenden Informationen sowie gewerbliche Schutzrechte und sonstige Rechtspositionen sowie ähnliche Rechte, Gegenstände, Präsentationen und Texte, gleich in welcher Form sie verkörpert sind und einschließlich Reproduktionen jedweder Art hiervon.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet,

- (a) jegliche Geschäftsgeheimnisse und sonstigen Vertraulichen Informationen der EWE AG und des EWE Konzerns streng geheim zu halten,
- (b) ohne vorherige schriftliche Zustimmung der EWE AG die Geschäftsgeheimnisse und sonstigen Vertraulichen Informationen Dritten weder mitzuteilen noch sonst wie zugänglich zu machen, die Geschäftsgeheimnisse und sonstigen Vertraulichen Informationen nicht zu veröffentlichen und auch nicht auf andere Weise außerhalb der Vertragsdurchführung zu verwerten oder sonst wie zu nutzen,
- (c) alle Gegenstände im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis und/oder der Leistungserbringung so zu verwahren und zu sichern, dass Kenntnisnahme und Missbrauch durch Dritte ausgeschlossen ist, und
- (d) alle sonstigen angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Geheimnisschutzpflicht nachzukommen und um die Geschäftsgeheimnisse und sonstigen Vertraulichen Informationen der EWE AG und des EWE Konzerns vor unberechtigter Kenntnisnahme, Bekanntgabe, Vervielfältigung, Verwendung und vor sonstigem Missbrauch zu schützen.

(3) Der Auftragnehmer hat seine Subunternehmer entsprechend zu verpflichten. Auf Anfrage der EWE AG stellt der Auftragnehmer Kopien der entsprechenden Verpflichtungserklärung der EWE AG zur Verfügung.

(4) Die Geheimnisschutzpflicht entfällt nur, wenn und soweit der Auftragnehmer nachweist, dass die Vertraulichen Informationen

- (a) ihm vor dem Zeitpunkt der Zugänglichmachung bereits bekannt waren und er diese frei und ohne Verstoß gegen die Geheimnisschutzpflicht erlangt hat;
- (b) ihm vor oder nach dem Zeitpunkt der Zugänglichmachung von einem berechtigten Dritten zum Zweck der freien Benutzung und ohne Verstoß des Dritten gegen eine Geheimhaltungspflicht zugänglich gemacht worden sind;
- (c) der Öffentlichkeit vor dem Zeitpunkt der Zugänglichmachung bekannt oder allgemein zugänglich waren;
- (d) der Öffentlichkeit ohne Verletzung der vorliegenden Vereinbarung zum oder nach dem Zeitpunkt der Zugänglichmachung bekannt oder allgemein zugänglich wurden, oder dass sie
- (e) von ihm ohne Rückgriff auf oder Verwendung von Vertraulichen Informationen der EWE AG und/oder des EWE Konzerns selbständig entwickelt wurden oder er sie hat entwickeln lassen.

(5) Der Auftragnehmer wird nur solchen Beratern Zugang zu den Vertraulichen Informationen gewähren, die dem Berufsgeheimnis unterliegen oder denen zuvor den Geheimhaltungsverpflichtungen dieses Vertrags entsprechende Verpflichtungen auferlegt worden sind. Des Weiteren wird der Auftragnehmer nur denjenigen Mitarbeitenden die Vertraulichen Informationen offenlegen, die diese für die Vertragsdurchführung kennen müssen, und diese Mitarbeitenden auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden in arbeitsrechtlich zulässigem Umfang zur Geheimhaltung verpflichten.

(6) In jedem einzelnen Fall der Verletzung der vorstehenden Geheimnisschutzpflicht durch den Auftragnehmer und/oder dessen Subunternehmer kann die EWE AG unbeschadet ihrer sonstigen Rechte eine sofort fällige Vertragsstrafe von 20.000 EUR verlangen. Die Einrede der natürlichen oder rechtlichen Handlungseinheit, des Gesamtvorsatzes sowie der mangelnden Haftung für Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen ist ausgeschlossen. Die Vertragsstrafe wird auf einen etwaigen Schadensersatzanspruch angerechnet.

(7) Weitergehende gesetzliche sowie vertragliche Bestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und/oder Vertraulichen Informationen, insbesondere, jedoch nicht abschließend, solche nach § 4 i.V.m. §§ 6 ff. GeschGehG, bleiben durch die vorstehenden Regelungen unberührt.

(8) Die vorstehenden Regelungen gelten während der gesamten Vertragsdurchführung sowie nach Vertragsbeendigung für einen weiteren Zeitraum von drei (3) Jahren.

(9) Gesetzliche und behördliche Offenbarungspflichten bleiben von der Geheimnisschutzpflicht unberührt.

## § 20 Datenschutz/Datensicherheit

(1) **Gewährleistung des Datenschutzes**

(a) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes bei der Durchführung dieses Vertrags zu beachten und stellt sicher, dass seine Produkte die Anforderungen an diese gesetzlichen Bestimmungen erfüllen bzw. den Auftraggeber in die Lage versetzen, den Anforderungen mit den Produkten zu erfüllen. Soweit der Auftragnehmer personenbezogene Daten des Auftraggebers und/oder anderer berechtigter Unternehmen – hierzu zählen auch die personenbezogenen Daten der Kunden und Vertragspartner des



Auftraggebers sowie des EWE-Konzerns – insbesondere über dessen/deren Mitarbeiter, Kunden, Geschäftspartner sowie deren Mitarbeiter erhebt, nutzt oder verarbeitet (nachfolgend einheitlich "verarbeiten" oder "Verarbeitung"), verpflichtet sich der Auftragnehmer, dies in Übereinstimmung mit sämtlichen anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz, insbesondere denjenigen der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie in Übereinstimmung mit den nachfolgenden Regelungen durchzuführen.

(b) Der Auftragnehmer gestaltet Datenmodelle und Funktionen, die eine Einhaltung der datenschutzrechtlich gebotenen Löschfristen für personenbezogene Daten gewährleisten. Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber bei der Umsetzung der Anforderungen von Art. 25 DSGVO durch die Datenmodelle und Funktionen in den Produkten.

(c) Der Auftragnehmer setzt für die Leistungserbringung im Rahmen dieses Vertrages ausschließlich Mitarbeiter ein, die von ihm nachweisbar auf die Einhaltung des Datenschutzes geschult und verpflichtet wurden. Das Gleiche gilt für Subunternehmer.

## **(2) Besondere Datenschutzvorschriften**

(a) Dem Auftragnehmer ist bewusst, dass der Auftraggeber und die betroffenen Gesellschaften des EWE-Konzerns bei seiner Datenverarbeitung auch besonderen gesetzlichen Datenschutzbestimmungen insbesondere des EnWG unterliegen (insbesondere § 6a EnWG und §§ 21g, 21h EnWG). Soweit seitens des Auftragnehmers Unklarheiten bestehen, welche Pflichten sich hieraus – insbesondere mit Bezug zum Gegenstand dieses Vertrags – konkret ergeben, wird er dem Auftraggeber entsprechende Fragen stellen.

(b) Der Auftragnehmer hat seine unter diesem Vertrag erbrachten Leistungen so zu gestalten, dass sie auf die genannten spezialgesetzlichen Datenschutzbestimmungen abgestimmt sind und vom Auftraggeber einschließlich der von der Leistungserbringung betroffenen Gesellschaften des EWE-Konzerns ohne weitere Veränderung im Einklang mit diesen Anforderungen genutzt werden können.

(c) Der Auftragnehmer wird die genannten spezialgesetzlichen Anforderungen auch bei der Leistungserbringung unter diesem Vertrag während der Entwicklungs- und Testphase bei der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Informationen berücksichtigen. Er wird die von ihm eingesetzten Mitarbeiter und Subunternehmer entsprechend instruieren.

## **(3) Auftragsverarbeitung**

(a) Soweit der Auftragnehmer personenbezogene Daten des Auftraggebers (einschließlich der personenbezogenen Daten von weiteren Gesellschaften des EWE-Konzerns) verarbeitet, so erfolgt dies im Auftrag des Auftraggebers. Der Auftragnehmer darf die Daten ausschließlich im Rahmen der Vertragserfüllung und nur in dem dafür erforderlichen Umfang verarbeiten; der Auftragnehmer darf die Daten nicht für andere Zwecke verarbeiten oder nutzen oder an Dritte übermitteln. Die Vertragspartner verpflichten sich hiermit, für jeden Fall der Auftragsverarbeitung vorab die vom Auftraggeber vorgegebene Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung abzuschließen, aus der sich die näheren Einzelheiten der Auftragsverarbeitung ergeben. Die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltende Vereinbarung ist diesem Vertrag als **Anlage E\_Vertrag zur Auftragsverarbeitung** - beigelegt. Umfang, Art und Zweck der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten, die Art der Daten und der Kreis der Betroffenen werden für die auftragsgegenständlichen Verfahren hierin konkretisiert. Im Übrigen ergeben sie sich aus diesem Vertrag samt Anlagen.

(b) Der Auftragnehmer erwirbt an den von ihm im Rahmen dieses Vertrages verarbeiteten personenbezogenen Daten des Auftraggebers (einschließlich der personenbezogenen Daten der sonstigen berechtigten Nutzer) keine eigenen Rechte und ist auf Verlangen des Auftraggebers jederzeit, spätestens aber bei Beendigung des Vertrages zur Herausgabe der Daten in einem von dem Auftraggeber bestimmten Datenformat verpflichtet. Die Herausgabe erfolgt nach Wahl des Auftraggebers durch Übergabe von Datenträgern oder durch Übertragung über ein Datennetz. Zurückbehaltungsrechte in Bezug auf die personenbezogenen Daten des Auftraggebers (einschließlich der personenbezogenen Daten von weiteren Gesellschaften des EWE-Konzerns) sind ausgeschlossen.

## **(4) Grenzüberschreitende Datenübertragung; Verarbeitung im Ausland**

Der Auftragnehmer darf die ihm zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten ausschließlich im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum verarbeiten. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in einem Drittland bedarf der vorherigen, ausdrücklichen und schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers und darf nur erfolgen, wenn die besonderen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

## **(5) Freistellung**

Soweit der Auftragnehmer eine der Verpflichtungen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen dieses Vertrags verletzt und Dritte infolge dieser Verletzung Ansprüche gegen den Auftraggeber oder gegen eine Gesellschaft des EWE-Konzerns geltend machen, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber bzw. die Gesellschaft des EWE-Konzerns von diesen Ansprüchen freihalten. Er wird dem Auftraggeber bzw. der Konzerngesellschaft den ihnen



entstehenden Schaden – einschließlich der Kosten einer zweckentsprechenden Rechtsverfolgung – ersetzen.

**(6) Zugriffsberechtigung**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich hiermit und steht dafür ein, keinem Unbefugten die ihm zur Nutzung der IT-Systeme des Auftraggebers zugeteilten Zugriffsberechtigungen einzuräumen oder auch nur bekannt zu geben.

**(7) Test-, Abnahme- und Produktionsdaten**

(a) Die Benutzung von Test-, Abnahme- und Produktionsdaten durch den Auftragnehmer ist außerhalb der Maßgaben dieses Vertrags nicht zulässig. Zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit vereinbaren die Parteien die strikte Trennung von Test-, Abnahme- und Produktionsdaten.

(b) Sofern und soweit im Rahmen der in diesem Vertrag definierten Zusammenarbeit für bestimmte Aufgaben der Zugriff auf Echtdaten des Auftraggebers (einschließlich der Daten der sonstigen berechtigten Nutzer) unerlässlich ist (z.B. bei der Integration neuer oder geänderter Software in die Systeme des Auftraggebers oder bei der Fehleranalyse und Fehlerbeseitigung innerhalb dieser Systeme), ist dies, soweit nicht bereits Gegenstand der vertraglichen Leistung, nur nach gesonderter, schriftlicher Weisung des Auftraggebers unter Beachtung der Regelungen von Datensicherheit und Datenschutz zulässig, es sei denn, der Zugriff auf Echtdaten konnte wegen besonderer Eilbedürftigkeit nicht aufgeschoben werden.

Dem jeweils veranlassenden Vertragspartner obliegt in jedem Fall die rechtzeitige Mitteilung an den anderen Vertragspartner, dass auf Echtdaten zugegriffen werden soll bzw. in einem Fall, der keinen Aufschub duldet, zugegriffen worden ist.

**(8) Computerviren/Malware**

Der Auftragnehmer wird eine dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Prüfung der von ihm genutzten Hardware, Software, IT-Infrastruktur und Datenträger auf deren Freiheit von Computerviren und sonstiger Malware laufend durchführen und gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit unverzüglich treffen.

**(9) Entsorgung**

Die im Rahmen der Leistungserbringung genutzten Daten und Software sind auf den IT-Systemen und Datenträgern bei Nutzungsbeendigung gem. DIN 66399 so zu löschen, dass eine Lesbarkeit oder Wiederherstellbarkeit nach dem Stand der Technik ausgeschlossen ist. Hardware ist sach- und fachgerecht unter Beachtung der jeweils gültigen Umwelt- und Datenschutzbestimmungen zu entsorgen.

## **§ 21 Vertragslaufzeit, Kündigung, Beendigungsunterstützung**

(1) Der Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft und endet erst nach der vollständigen Abnahme durch den Auftraggeber sowie der Erbringung der sonstigen vertraglich vereinbarten Leistungen, nicht jedoch vor Ablauf der Mängelhaftung.

(2) Der Auftraggeber ist jederzeit zur Kündigung des Vertrags gemäß § 648 BGB berechtigt.

(3) Das Recht einer jeden Partei zur Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Dem Vertragspartner steht insbesondere ein Kündigungsrecht aus wichtigem Grund zu, wenn

- in den Vermögensverhältnissen des jeweils anderen Vertragspartners wesentliche Verschlechterungen eintreten, die erwarten lassen, dass er seinen vertraglichen Verpflichtungen dauerhaft nicht mehr nachkommen kann oder
- zahlreiche (mehr als drei) oder schwerwiegende Vertragsverstöße vorliegen

und deswegen bei verständiger Würdigung der Gesamtsituation eine Fortsetzung der vertraglichen Beziehungen unzumutbar ist.

(4) Eine Kündigung bedarf zur Wirksamkeit der Schriftform.

(5) Im Falle einer Vertragsbeendigung – gleich aus welchem Grund – ist der Auftragnehmer verpflichtet, auf Aufforderung des Auftraggebers unverzüglich einen angemessenen Zeit- und Übergabeplan zu erstellen, diesen mit dem Auftraggeber abzustimmen und die Übergabe nach Maßgabe des abgestimmten Zeit- und Übergabepplans durchzuführen. Zudem hat der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber zum Zwecke einer ordnungsgemäßen Abwicklung zusammenzuarbeiten und im erforderlichen und zumutbaren Maße ohne Zurückbehaltungsrecht und ohne sonstige Einwendungen und Einreden Unterstützung leisten. Er ist insbesondere unwiderruflich verpflichtet, sämtliche ihm zumutbaren Tätigkeiten auszuführen, die es einem zeitlich nachfolgenden Leistungserbringer ermöglichen, die von ihm bisher erbrachten Leistungen nachzuvollziehen und fortzuführen und/oder die eigenen Leistungen zu erbringen.

Soweit nicht ohnehin im Wege des Schadensersatzes oder aufgrund eines Rücktritts des Auftraggebers ohne gesonderte Vergütung zu erbringen, wird die vorstehende Beendigungsunterstützung nach den

Vergütungsregelungen dieses Vertrages in entsprechender Anwendung erbracht.

## § 22 Regelungsrangfolge

Bei Widersprüchen zwischen den Regelungen dieses Vertrages und den Vertragsbestandteilen gehen die Regelungen dieses Vertrages vor; die Vertragsbestandteile gelten bei Widersprüchen unabhängig von der Anlagenbenennung in der nachfolgenden Rangordnung:

1. Anlage B1 Leistungsbeschreibung\_Los1
2. das bezuschlagte Angebot des Auftragnehmers einschließlich etwaiger zugehöriger Anlagen und ggf. eingereichter Konzepte
3. Anlage\_C1\_Preisblatt und Reisekostenregelung
4. Anlage\_D1\_Subunternehmer
5. Anlage\_E1\_Personal

## § 23 Schlussbestimmungen

(1) Erfüllungsort ist der Sitz des Auftraggebers.

(2) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Kollisionsrechts, des UN-Kaufrechts sowie des deutschen internationalen Privatrechts.

(3) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dem Vertrag ist Oldenburg. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, auch das Gericht am Sitz des Auftragnehmers anzurufen.

(4) Die Anlagen dieses Vertrages sind als wesentliche Bestandteile beigefügt.

(5) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, gleich aus welchem Rechtsgrund, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Die Parteien sind im Falle einer unwirksamen/undurchführbaren Bestimmung verpflichtet, über eine wirksame/durchführbare und zumutbare Ersatzregelung zu verhandeln, die dem von den Vertragsparteien mit der unwirksamen/undurchführbaren Bestimmung verfolgten wirtschaftlichen Zweck möglichst nahekommt. Diese Regelung findet entsprechend in Bezug auf das Schließen von Vertragslücken Anwendung.

(6) Dieser Vertrag umfasst mit seinen Vertragsbestandteilen die gesamten bis zum Vertragsabschluss zwischen den Vertragspartnern bezüglich des Vertragsgegenstandes getroffenen Vereinbarungen. Die Rechte und Pflichten der Vertragspartner sind insoweit ausschließlich in diesem Vertrag und seinen Anlagen festgelegt.

(7) Wenn nicht ausdrücklich Textform zugelassen ist, bedürfen Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags und der Vertragsbestandteile zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform und sind von beiden Vertragspartnern zu unterzeichnen. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformvereinbarung oder anderweitige Abweichungen von diesem Vertrag. Die Ersetzung der Schriftform durch die elektronische Form ist insofern unzulässig.

(8) Außer mit anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Forderungen darf nur mit Forderungen aus dem Vertrag aufgerechnet werden.

(9) Dem Auftragnehmer stehen gegenüber dem Auftraggeber Zurückbehaltungsrechte nur für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Forderungen zu.

## § 24 Anlagen

Zu diesem Vertrag gehören folgende Anlagen:

- Anlage B1 Leistungsbeschreibung\_Los 1
- Anlage C1 Preisblatt
- Anlage D1 Subunternehmer
- Anlage E1 Personal
- Anlage F1 "Titel des Angebots des Auftragnehmers"



Ort und Datum

---

(Auftraggeber)

---

---

Ort und Datum

---

(Auftragnehmer)

---

---